

NAZI

AUFEM

ÄRSCHEN

STOPPEN

Mit Nazis finden wir uns nicht ab – weder in den Parlamenten noch auf der Straße. Deshalb fordert DIE LINKE das NPD-Verbot und leistet gemeinsam mit vielen anderen überall dort Widerstand, wo Nazis und rechte Kultur auftauchen.

DIE LINKE.

Blockieren ist unser Recht!

18.2.2012
DRESDEN

Auch im Februar 2012 wollen die Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Dresdens zum Anlass nehmen, die Geschichte zu verdrehen. Ihr Aufmarsch zielt erneut darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen, und ist seit Jahren die wichtigste Großveranstaltung der rechten Szene. So kamen etwa 2009 mehr als 7000 Neonazis nach Dresden.

In den beiden folgenden Jahren gelang es einem breiten Bündnis aus Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Initiativen und auch der Partei DIE LINKE, den Aufmarsch mit Massenblockaden zu stoppen. Den Kriminalisierungsversuchen durch die sächsischen Behörden zum Trotz, blockierten allein 2011 bis zu 20 000 Menschen die neonazistischen Demonstrationsversuche.

Der Klüngel aus CDU-dominierter Landesregierung, Richtern, Staatsanwälten und leitenden Polizeibeamten, der sich in Sachsen seit mehr als 20 Jahren an der Macht hält, reagierte auf diese demokratische Selbstermächtigung wie gewohnt mit Verhaftungen und Anzeigen, bürgerrechtswidrigen Überwachungsmaßnahmen und Razzien. So gab es unter anderem im Parteihaus der Dresdner LINKEN und beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König Hausdurchsuchungen. Von vier Fraktionsvorsitzenden der LINKEN wurde bzw. wird die Immunität aufgehoben, um gegen sie zu ermitteln, weil sie im Jahr 2010 gemeinsam zu einer öffentlichen Fraktionssitzung aufgerufen haben. Dieser Ermittlungseifer steht in deutlichem Kontrast zum Umgang der sächsischen Behörden mit den Neonazis. Prozesse

gegen Mitglieder rechter Schlägertrupps wie »Sturm 34« werden zum Teil jahrelang verschleppt. Und trotz Beobachtung durch den Sächsischen Verfassungsschutz konnten sich die Rechtsterroristen der »NSU« mehr als zehn Jahre lang im Freistaat verstecken.

Die diesem Handeln zu Grunde liegende Verharmlosung der braunen Gefahr steht exemplarisch für eine durch die Extremismus-Theorie geleitete Politik, die mordende Rassisten und diejenigen auf eine Stufe stellt, die nicht länger wegsehen wollen. Doch die Zahl jener, die endlich handeln wollen, wenn Neonazis im Gleichschritt durch die Straßen marschieren, steigt von Jahr zu Jahr.

Auch DIE LINKE ruft erneut zu Protesten und Massenblockaden gegen den Aufmarsch am 18. Februar 2012 auf. Setzen wir gemeinsam Zeichen gegen Neonazis und ihre tödliche Ideologie, aber auch gegen das Einschränken der Bürgerrechte durch die sächsischen Behörden! Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Aktuelle Informationen findet Ihr unter:
www.die-linke.de/dresdennazifrei

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 481; Fax: 030/24 009 480
partei.vorstand@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Werner Dreibus